

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – praxisnahes Forschungspotenzial fördern

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben ein ganz eigenes Profil, das es zu bewahren gilt. Auch wenn in den vergangenen Jahren in einigen Fällen der falsche Eindruck entstanden ist, die ehemaligen Fachhochschulen würden sich auf dem Weg zur Angleichung an die Universitäten befinden, ist es vielmehr so, dass die Professoren und die Hochschulleitungen der sieben Hochschulen für angewandte Wissenschaften des Landes sehr hart an der eigenständigen Profilschärfung ihrer Hochschulen arbeiten.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zeichnen sich durch ein sehr praxis- und berufsorientiertes Studium aus. Gleichzeitig forschen sie an direkt anwendungsbezogenen Innovationen. Mit einem solchen Profil sind sie auf einen engen Kontakt mit den Unternehmen ihrer Regionen angewiesen, um passgenaue Studienangebote und Forschungskooperationen zu ermöglichen.

Es ist Aufgabe des Landes, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf diesem Weg zu unterstützen und für sie einen Rahmen zu schaffen, der es ihnen ermöglicht, ihr anwendungsorientiertes Profil weiter zu stärken. Denn mit ihrer Arbeit können die Hochschulen für angewandte Wissenschaften einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftegewinnung und zur Innovationsfähigkeit des Landes leisten. Denn die rheinland-pfälzische Wirtschaftsstruktur ist vor allem durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt, die sich oftmals keine eigenen Innovationsabteilungen leisten können. Diese Unternehmen sind auf Innovationskooperationen direkt angewiesen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat daher seit Jahren die Einführung von Innovationsgutscheinen nach baden-württembergischem Vorbild gefordert. Dort machen hunderte Unternehmen von der Möglichkeit Gebrauch, mit einem Landeszuschuss in Innovationsfragen mit den Hochschulen vor Ort zu kooperieren. Das Projekt InnoStart der Landesregierung, dass nur auf Druck der Union zustande kam, ist hingegen so schlecht aufgestellt, sodass innerhalb der ersten zweieinhalb Jahre nur neun Unternehmen gefördert wurden.

Eine Fachkräftegewinnung für die Unternehmen des Landes gelingt zumeist nur, wenn Studierende bereits während ihres Studiums Kontakte zu Unternehmen der Region knüpfen können. Dies gelingt in besonderer Weise, wenn wissenschaftliches Arbeiten und Tätigkeiten in einem Betrieb miteinander verknüpft werden.

Einen möglichen Weg bietet hier die Einführung von Transferstipendien. Mit diesen Stipendien können Studierende unterstützt werden, die sich schon während ihrer Studienzeit mit konkreter Innovationsarbeit in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigen. Dies ermöglicht eine enge Anbindung der wissenschaftlichen Arbeit an die konkrete Anwendung und bindet zukünftige Fachkräfte frühzeitig an die heimischen Unternehmen.

Auch ein duales Studium kann in diesem Zusammenhang in die richtige Richtung weisen. Die Angebote in Rheinland-Pfalz entfalten jedoch eine deutlich geringere Dynamik als in anderen Bundesländern. Das liegt an den organisatorischen Fehl-

b. w.

steuerungen der Landesregierung. Beispielsweise ergeben sich in vielen Bereichen gerade keine ausreichenden praktischen und inhaltlichen Verknüpfungen zwischen Studienfach und Ausbildungsberuf. Auch muss an vielen Stellen weiter an der Verknüpfung der verschiedenen Teilbereiche gearbeitet werden. Das geht nicht ohne eine bessere personelle Ausstattung dualer Studiengänge durch das Land.

Die zielgerichtete Innovationsarbeit der Hochschulen für angewandte Wissenschaften kann dadurch gestärkt werden, dass das Land den Austausch kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften intensiver als bisher strukturell und finanziell fördert. Dies steigert die Drittmitteleinnahmen der Hochschulen und den engen Kontakt der Hochschulen mit der heimischen Wirtschaft. Für beide Seiten steigt zudem das Innovationspotenzial.

Erfolgreich können solche Ansätze nur dann organisiert werden, wenn die Hochschulen für angewandte Wissenschaften speziell für die Transferarbeit auch durch feste Stellen im akademischen Mittelbau unterstützt werden. Denn für Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften verbleibt mit einer Unterrichtsverpflichtung von 18 Semesterwochenstunden für weitergehende Transferarbeit deutlich weniger Arbeitszeit für Innovations- und Transferaufgaben als für Dozenten an den Universitäten.

Die Landesregierung muss zudem ihre Vergabepaxis im Rahmen der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz überdenken. Von 20 Mio. Euro erhalten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zusammen nur 1,2 Mio. Euro. Hier muss auf der Basis transparenter Vergabekriterien für die Hochschulen mehr getan werden.

Doch genau wie für die Universitäten werden auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch bürokratische Berichtspflichten und Genehmigungsvorbehalte in ihrer Dynamik gehemmt. An dieser Stelle muss die Landesregierung dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung und die hohe fachliche Kompetenz unserer Hochschulen für angewandte Wissenschaften legen.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- die Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch ein gesondertes Stellenprogramm für den akademischen Mittelbau zur Verstetigung und zum Ausbau der Transfer- und Innovationsarbeit zu unterstützen;
- die Kooperation und Vernetzung von rheinland-pfälzischen kleinen und mittleren Unternehmen und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften strukturell und finanziell stärker zu fördern und das Projekt InnoStart grundsätzlich zu überarbeiten, damit mehr Hochschulen und Unternehmen hiervon profitieren;
- für Studierende an Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Möglichkeit von Transferstipendien zu schaffen;
- die Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker an der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz zu beteiligen;
- duale Studiengänge strukturell zu stärken;
- das Potenzial der Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch die Rückführung bürokratischer Detailsteuerung stärker zur Entfaltung zu bringen.

Für die Fraktion:
Martin Brandl